
Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Berliner Industrialisierungsoffensive (BIO) III: Chemie-, Pharma- & Kosmetikindustrie fossilfrei vorantreiben!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die spezifischen Herausforderungen einer fossilfreien Zukunft in den Branchen Pharma, Chemie und Kosmetik (hier zusammengefasst „Chemieindustrie“) erfordern eine umfassende Betrachtungsweise: Der Einsatz nachhaltiger Rohstoffe sowie die Implementierung kreislaufwirtschaftlicher Ansätze statt der Nutzung von Roh- und Grundstoffen, Intermediaten und Wirkstoffen auf fossiler Basis und aus fossilen Quellen sollen ineinandergreifen. Dies und die Reduktion prozessbedingter Emissionen sowie die nachhaltige Energieversorgung von Produktionsprozessen sollen sich mit dem Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK) 2030 ergänzen.

In enger Zusammenarbeit mit Unternehmen, Einrichtungen etwa der Materialforschung, Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft gilt es, Synergien zu erschließen, den Wissens- und Technologietransfer sowie wissenschaftsbasierte Ausgründungen und Netzwerke zum Aufbau einer neuen Industrie zu fördern und die gesellschaftliche Akzeptanz für den Transformationsprozess zu stärken. Das wird umso dringlicher, weil EU-Nachhaltigkeitsregeln und das Emissionshandelssystem (ESRS und ETS) Unternehmen faktisch zur Abkehr von kurzlebigen Produktionsweisen zwingt und Emissionsreduzierungen der deutschen Chemie-, Pharma- und Kosmetikindustrie fördert.

Der Senat wird aufgefordert, unverzüglich folgende Maßnahmen zu prüfen und auf dieser Grundlage eine Initiative für eine fossilfreie Chemieindustrie vorzulegen:

I. Forschungsstärke für Innovationen in der grünen Chemieindustrie nutzen

a) Der Senat wird aufgefordert, Forschungs- und Entwicklungsprojekte an Berliner Hochschulen und Forschungseinrichtungen, die sich mit klimaneutralen Technologien in den Bereichen Pharma, Chemie und Kosmetik befassen, bei der Beantragung von (Forschungs-)Fördermitteln des Bundes, u.a. aus dem Klima- und Transformationsfonds aktiv zu unterstützen. Dabei soll insbesondere die enge Kooperation zwischen Forschungseinrichtungen und Berliner Unternehmen der Chemieindustrie berücksichtigt werden. Zugleich müssen bestehende Berliner Förderprogramme konsequent auf die Förderung der klimaneutralen Transformation der Wirtschaft fokussiert werden.

b) Einrichtung eines „Berliner Zentrums für Grüne Chemie, Pharmazie und Kosmetik“ als Plattform für den Austausch zwischen Forschung, Industrie, Politik und Zivilgesellschaft. Das Zentrum soll als Think-Tank fungieren, Strategien zur Dekarbonisierung entwickeln, den Technologietransfer beschleunigen und die Vernetzung der Akteure fördern.

c) Stärkung und Weiterentwicklung der Innovations- und Förderstrukturen für Ausgründungen und Startups aus Berliner Forschungseinrichtungen im Bereich grüne Chemie, Pharmazie und Kosmetik, um innovative Technologien schnell in die Anwendung zu bringen und neue Arbeitsplätze in Berlin und der Hauptstadtregion zu schaffen. Dabei sind im Unterschied zu den bisherigen Förderprogrammen Berlins sowohl Kosten für Materialien als auch notwendiger Infrastruktur zu berücksichtigen und die Laufzeit den regelmäßig längeren Entwicklungszeiten anzupassen. Es ist zu prüfen, wie Mittel des European Clean Industry Deals etwa mit dem Berliner Startup-Stipendium (BSS) kombiniert werden können. Schließlich soll ein spezifisches Programm auch explizit deshalb aufgelegt werden, um eine Sogwirkung in diesem Innovationsfeld zu entfalten. Es besteht aktuell ein veritabler Engpass in dieser naturwissenschaftlichen Disziplin bezogen auf die Bereitschaft, Innovationen aus der Forschung in die Anwendung zu bringen. Das wird der praktischen Bedeutung der Chemieindustrie für das Wirtschaftsleben nicht gerecht. Ziel muss es deshalb sein, mehr Menschen davon zu überzeugen, ihre Forschungsergebnisse zu nachhaltigen Produkten weiterzuentwickeln und diese (in der Metropolenregion) zu produzieren.

II. Unternehmen der Chemieindustrie bei der Defossilisierung unterstützen

a) Beratungs- und Informationsangebote ausbauen: Der Senat soll Unternehmen der Chemieindustrie umfassend zu Defossilisierungstechnologien, Förderprogrammen und Best Practices beraten. Über die Auslandsaktivitäten der Wirtschaftsförderung und der Senatskanzlei sind Projekte anzuregen, gemeinsame Messeaktivitäten zu fördern und geeignete Projektpartner zu vernetzen. Sofern sich diese in der EU befinden, sind auch geeignete Fördermittelquellen der Europäischen Union in Betracht zu ziehen.

b) Förderung von Investitionen in Defossilisierungstechnologien: Der Senat soll Förderprogramme darauf hin überprüfen, dass eine Umstellung der Unternehmen auf klimaneutrale Produktionsverfahren finanzielle Unterstützung erhalten kann. Dies soll insbesondere die Entwicklung von Produktionsverfahren nach den Prinzipien der Grünen Chemie beinhalten, wie beispielsweise die Umstellung auf nachhaltige Rohstoffe, nachhaltige Lösungsmittel, der Einsatz von neuartigen Katalysator-Technologien oder die Implementierung von Kreislaufwirtschaftskonzepten umfassen. Gleichzeitig sollen neuartige Technologien gefördert werden, mit deren Hilfe man effizienter nachhaltige Produktionsverfahren und Materialien entwickeln kann (beispielsweise mittels

quantenchemischer Simulationen, KI/ML Modelle, numerische Verfahren, und/oder statistischer Methoden).

c) Der Senat soll mit den Partnern der Wirtschaftsförderung und wirtschaftsnahen Forschung eine Wertschöpfungskettenanalyse vornehmen und daraus ein Rohstoffmonitoring zur Verringerung der Abhängigkeit der Berliner Industrie von globalen Lieferketten aufbauen sowie spezifische Umstellungs- und Substituierungsszenarien für Roh- und Grundstoffe entwickeln.

d) Initiierung und Unterstützung von Pilotprojekten und Demonstrationsanlagen, um neue Dekarbonisierungstechnologien unter realen Bedingungen zu erproben und die Übertragbarkeit auf andere Unternehmen zu demonstrieren und/oder die Skalierbarkeit zu zeigen.

e) Der Senat wird beauftragt, neue Netzwerke und Strukturen zu unterstützen, die den Aufbau einer neuen, nachhaltigen und innovativen Industrie im Fokus haben.

III. Rahmenbedingungen für eine klimaneutrale Chemieindustrie schaffen

a) Öffnung des aktuellen Aufbaus der lokalen Wasserstoffinfrastruktur auch für die Chemiebranche: Der Senat soll das Potenzial Wasserstoffinfrastruktur in Berlin untersuchen, die auch die Bedürfnisse der Berliner Chemieindustrie bei der umfassenden – also nicht nur energetischen Dekarbonisierung berücksichtigt.

b) Förderung der Kreislaufwirtschaft: Der Senat soll die Kreislaufwirtschaft weiterentwickeln – insbesondere die Zero-Waste-Strategie – und Maßnahmen zur Steigerung der Recyclingquoten und zur Förderung des Einsatzes von Sekundärrohstoffen in der Chemieindustrie ergreifen. Dies umfasst insbesondere die Verwertung von Abfällen, die Förderung von „Design for Recycling“ und Industriesymbiosen. Es wird angeregt, ausgehend von der bestehenden Zero-Waste-Agentur gemeinsam mit Berlin Partner eine solche Service- und Beratungsstelle auch für die Industrie anzubieten.

IV. Dialog und Beteiligung fördern

a) Der Senat wird aufgefordert, mit dem Land Brandenburg Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel, sein bestehendes Cluster „Kunststoffe & Chemie“ zu einem gemeinsamen Cluster „Chemie, Pharma und Kosmetik“ weiterzuentwickeln und in die gemeinsame Clusterstrategie „innoBB“ zu integrieren. Auch im Feld der Chemieindustrie können Brandenburg und Berlin die Transformation nur gemeinsam meistern und die Chance ergreifen, zur technologischen und industriellen Spitze aufzuschließen.

b) Einrichtung eines „Berliner Runden Tisches Zukunft Chemieindustrie“: Regelmäßig sollen Akteur*innen aus Industrie, Forschung, den Gewerkschaften, Umweltverbänden und der Verwaltung zusammen gebracht werden, um den Transformations- und Wachstumsprozess gemeinsam zu gestalten und Fortschritte zu überprüfen.

c) Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation verstärken: Der Senat soll umfassend über Notwendigkeit und Chancen der Defossilisierung der Chemieindustrie informieren und die gesellschaftliche Akzeptanz für erforderliche Veränderungen fördern. Hierfür ist der Auf-

bzw. Ausbau eines gemeinsamen, strategiegebundenen Clusters mit Brandenburg analog zu anderen Innovationsfeldern eine ideale Voraussetzung.

Dem Abgeordnetenhaus ist zum 30. April 2026 zu berichten.

Begründung

Chemieindustrien, insbesondere die in Berlin stark vertretenen Branchen Pharma und Chemie, sind ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor für die Stadt. Gleichzeitig sind sie ein bedeutender Bezieher und Verarbeiter fossiler Rohstoffe – mit allen Risiken globaler Rohstoffmärkte und Lieferketten – sowie Emittent von Treibhausgasen. Um das Klimaziel der CO₂-Reduktion um 90 Prozent bis zum Jahr 2040 (§ 2 EWG, Basisjahr für die Reduktion: 1990) zu erreichen, die Vorreiterrolle Berlins im Bereich der Entwicklung und Anwendung von Technologien für innovativen Klimaschutz auszubauen und im Ergebnis diese Industrien in ihrem Bestand überhaupt erhalten zu können, ist eine zügige und umfassende Defossilisierung der Wertschöpfungsketten dieser Branchen unerlässlich.

Berlin verfügt über eine exzellente Forschungslandschaft mit international renommierten Universitäten und Forschungseinrichtungen. Es besteht ein enormes Potenzial für die Entwicklung und Anwendung klimaneutraler Technologien in der Chemieindustrie. Andere bislang auf petrochemische Erzeugnisse angewiesene Standorte stehen vor der gleichen Herausforderung, haben aber nicht Berlins Möglichkeiten. Die Transformation zur Klimaneutralität birgt deshalb die Chance, Berlin zu einem internationalen Zentrum für Grüne Chemie, Pharmazie und Kosmetik zu entwickeln und die Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Wirtschaft langfristig zu sichern. Mit dem Gründungslabor INKULAB für Life-Sciences, Grüne Chemie und Nanotechnologie, der Chemical Invention Factory sowie dem Innovationsökosystem greenCHEM konnten früh die ersten bedeutenden Schritte gemacht werden. Diesen Weg gilt es konsequent und konzentriert weiterzuverfolgen und strategisch auszubauen.

Die globale Chemieindustrie insgesamt steht vor der großen Herausforderung, ihre Produktionsprozesse klimaneutral zu gestalten. Berlin hat das Potenzial, hier weltweit in Führung zu gehen und Technologien und Produkte in die ganze Welt zu exportieren. Gleichzeitig bietet diese Transformation enorme Chancen für Innovationen und Diversifizierung am sich wieder entwickelnden Industriestandort Berlin.

Der vorliegende Antrag zeigt konkrete Wege auf, wie der Senat von Berlin diesen Transformationsprozess aktiv unterstützen und Berlin zu einem Vorreiter der grünen Grundstoffindustrie entwickeln kann.

Die Defossilisierung soll ambitioniert, innovationsorientiert und in enger Kooperation mit allen relevanten Playern erfolgen, um die Berliner Klimaziele zu erreichen, die Lebensqualität in der Stadt nachhaltig zu verbessern und die Abhängigkeit von globalen Rohstoffketten zu beenden.

Es ist an der Zeit, dass der Senat handelt und die Ausstrahlungskraft des Berliner Startup- und Innovations-Ökosystems dahingehend aktiviert, die Chemieindustrie insgesamt auf den Weg zur Klimaneutralität zu führen.

19. Wahlperiode

Berlin, den 17. Oktober 2025

Jarasch Graf Bozkurt
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
